

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbildern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugpreis monatl., drei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 090, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Erscheinung: Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die normal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang Dresden, Freitag den 4. Januar 1929 Nummer 3

## Werftschiedsspruch durch Wiffell verbindlich

### Die Abwürgungsaktion im Gange

Hamburg, 4. Jan. (Eig. Drahtbericht.)  
Der Reichsarbeitsminister hat den am 21. Dezember geschlossenen Schiedsspruch für verbindlich erklärt.

Das schier Unglaubliche ist also dennoch geschehen. Der sozialdemokratische Arbeitsminister hat auch diesmal gegen den nahezu einmütigen Willen der seit 1. Oktober im Kampfe stehenden Arbeiter der Werftwerke in Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Vegesack, Lübeck, Kiel und Flensburg den Schiedsspruch des Völkerrichters für verbindlich erklärt. Auf das Kommando der Unternehmer trampelte Wiffell die Lebensinteressen der 50 000 Werftarbeiter nieder. Die Unternehmer haben den Liebesdienst ihres Koalitionsministers mit Freuden begrüßt und haben bereits erklärt, daß sie sich dem verbindlich erklärten Schiedsspruch fügen und die Betriebe öffnen werden. Die Herrschaften wissen sehr gut, warum sie diesmal so besonnen sind. Die „Staatsautorität“ des Arbeitsministers und seiner Verbindlichkeitsklärung fügen. Im Ruhrkampf pfiffen die Eisenbarone auf den verbindlich erklärten Schiedsspruch. Im Konflikt der Gruppe Nordost glaubten die Eisenindustriellen, die sich der offenen Kapitulation der reformistischen Führer nicht weigerten, auch die erbärmlichen Bedingungen des Sozialdemokratischen Schiedsspruches ablehnen und mit Severings Hilfe den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen zu können. Mit der Hilfe des „Meinen Metallarbeiters“ aus Bielefeld, mit der Unterstützung des sozialdemokratischen Koalitionsministers Severing ist ihnen das auch gelungen. Im Hamburger Werftarbeiterkampf aber liegen die Dinge für die Eisenindustriellen bedeutend kritischer. Die feste geschlossene Kampffront der Streikenden, die in der 13. Woche des Kampfes mit mehr als 80 Prozent den zweiten Schiedsspruch des Völkerrichters zurückgewiesen haben, lassen es den Unternehmern nicht ratsam erscheinen, zu einer weiteren Verschärfung des Konfliktes kommen zu lassen, zumal der Schiedsspruch ja im wesentlichen ihren Forderungen Rechnung trägt. Das Unternehmertum fürchtet, daß bei einer Verschärfung der Situation die hohen Wagen der Entrüstung bei den kämpfenden Arbeitern auch von den reformistischen Vorkämpfern der sozialdemokratischen DWA-Bureaus nicht mehr aufgefassen und gehorcht werden könnten. Sie bezweifelten es deshalb in der gegebenen Lage, dies den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zu überlassen, die Unternehmerinteressen mit dem Hinweis auf die Staatsautorität zu verteidigen, die Werftarbeiter unter Verjagung auf die Regresspflicht der Gewerkschaften zum Verzicht auf die Fortführung des Kampfes zu bewegen.

Diesem Zweck dienen auch die für heute abend vom DWA einberufenen Delegiertenversammlungen. Diese auserlesene Körperschaft, die von den Reformisten beeinflusst ist, wird sich mit größter Wahrscheinlichkeit für die Kapitulation entscheiden und den Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme bestimmen.

Gleichzeitig aber werden sowohl in Hamburg als auch in den anderen Hafenstädten Belegschaftsversammlungen der streikenden Werftarbeiter stattfinden. Die Gewerkschaftsopposition hat, wie uns heute aus Hamburg mitgeteilt wird, 5 Versammlungen einberufen, in denen zu dem verbindlich erklärten Schiedsspruch Stellung genommen wird und in denen die Werftarbeiter selbst zu Worte kommen werden. Eins ist sicher: diese Versammlungen werden ein anderes Gepräge tragen als die von reformistischem Geist besetzten Delegiertenkonferenzen.

Die gesamte sozialdemokratische Presse hat bisher während der ganzen Dauer des Kampfes immer und immer wieder von der Notwendigkeit der Beendigung des Kampfes durch das Reichsarbeitsministerium geschrieben. Jetzt ist die Verbindlichkeitsklärung des erbärmlichen Schiedsspruches, den sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter mit Entrüstung zurückgewiesen haben, durch den sozialdemokratischen Minister Wiffell ausgesprochen worden. Prompt erklärt heute morgen der Vorwärts: „Es blieb dem Reichsarbeitsminister wieder einmal nichts anderes übrig, als durch einen Nachspruch einem Konflikt ein Ende zu setzen.“

Ob aber die Werftarbeiter gewillt sind, sich in diesem Kampfe mit der Fessel der Verbindlichkeitsklärung durch den sozialdemokratischen Koalitionsminister auf ein weiteres Jahr in den erbärmlichen Bedingungen des Schiedsspruches in die Betriebe zu lassen, das ist noch zu

andere Frage. Es bleibt immerhin noch abzuwarten, ob die Werftarbeiter geschlossen die Lehre aus dem Kampfe an Rhein und Ruhr ziehen und nunmehr den Kampf gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat des Schiedswelens aufnehmen. Die Bezirksleitung Hamburg der KPD hat an die streikenden Werftarbeiter einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Kollegen! Keine Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedsspruches! Die Kampflage ist nach wie vor dieselbe. Nach wie vor besteht die Ablehnung dieses Schiedsspruches durch die überwältigende Mehrheit der Werftarbeiter. Kein Schiedsspruch und keine Verbindlichkeitsklärung kann euch zwingen, jetzt die Arbeit aufzunehmen.“

## Wiederbeginn des Koalitionschachers

Berlin, 4. Jan. (Eig. Drahtbericht.)  
Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet, werden am 15. Januar die offiziellen Verhandlungen über die endgültige Bildung der Großen Koalition beginnen. Im Mittelpunkt der Unterhandlungen werden die Fragen der Umgestaltung der Preußensregierung aus einer kleinen zur Großen Koalition, die neuen Steuern, die Reorganisation des Finanzausgleichs und die Reparationsfragen, sowie die künftige Linie der Außenpolitik stehen. Welchen Charakter diese Stabilisierung der Großen Koalition tragen wird, geht aus folgender Erklärung der DWA ungewisshaft hervor:

„Neben der geforderten Vereinheitlichung der technischen Reparationspolitik gilt es, durch die Bildung einer festen Koalition die politische Front für die kommenden nächsten Wochen aufzurichten.“

Aus diesem Grunde fordert dieses halbamtlich-volksparteiliche Blatt, daß eine „möglichst umfassende basierte Reparationsregierung“ beauftragt gebildet werden soll.  
Der deutsche Imperialismus braucht für die Durchführung der aggressiven Außenpolitik, die er zur Ausdehnung seiner Absatzmärkte und zur Aufrechterhaltung der Monopolprofite anstrebt, eine Regierung, die mit einer festen imperialistischen Linie nach außen eine starke Unterdrückungspolitik nach innen gegen die breiten werktätigen Massen verbindet. Die bisherige Regierung der Großen Koalition und speziell der sozialdemokratischen Koalitionspartner haben bewiesen, daß sie in der Frage der Völkervereinigung und Reparationspolitik, der Aufrechterhaltung des neutralen Militarismus (Panzerkreuzer A) und der Wiederherstellung der Arbeiterbewegung bereit sind, dieses Programm des deutschen Imperialismus zu verwirklichen. Besonders die Maßnahmen der Sozialdemokratie — Panzerkreuzerbau, Severing-

### Neue Kämpfe im Ruhrgebiet Neue Provokation der Eisenbarone — Die Arbeiter verlassen nach 8 Stunden die Betriebe

Bochum, 4. Jan. (Eig. Drahtbericht.)  
In den Formerei- und Siebereibetrieben des Bochumer Vereins wurden am Mittwoch die Arbeiter einzeln aufgelockert, am Donnerstag wieder nach der alten Arbeitszeit zu verfahren. Die meisten Betriebe sollen mindestens mehr als 57 Stunden in der Woche arbeiten. Die Formereibetriebe sollen von 8 Uhr bis 17 Uhr einschließlich Sonnabends arbeiten. Das ist eine Verlängerung der Arbeitszeit um mindestens 2 Stunden. Eine Belegschaftsversammlung, die am Nachmittag tagte, beschloß einstimmig, von heute ab täglich um 16 Uhr den Betrieb zu verlassen. Die Nachtschicht soll, wie die Direktion verlangt, um 18 Uhr statt um 20 Uhr beginnen. In einer Belegschaftsversammlung wurden auch zahlreiche Maßnahmen für den DWA gemacht. Der DWA-Angestellte mußte dem Beschluß der Belegschaftsversammlung zustimmen.

offen zur Abwürgung des westdeutschen Kampfes, Wiffell-Schiedssprüche gegen die Textil- und Werftarbeiter, Verhüte von Arbeiterdemonstrationen durch Jürgel und Kemmerle, das neue sozialdemokratische Wahlprogramm — haben bewiesen, daß das deutsche Truistkapital seine imperialistische Politik mit Hilfe der Sozialdemokratie restlos durchführen kann. Deshalb fordert die radikalere DWA, daß die Große Koalition aufrechterhalten und baldmöglichst endgültig fundiert werden soll.

Durch seine neuen Steueranforderungen, durch die 800 Millionen Mark im Interesse des imperialistischen Staates aus den Taschen der Werktätigen herausgeholt werden sollen, und durch sein Finanzausgleichsgesetz, durch das ein tödlicher Schlag gegen die Sozialpolitik und die Selbstbestimmung der Kommunen geführt wird, hat Hilferding neuerdings den Weg für die Durchführung der Pläne des Truistkapitals freigemacht. Aber auch die Frage der Preußenregierung wird seinen Streitpunkt zwischen den jetzigen Koalitionspartnern bilden; hat doch Sozialdemokrat Braun, der preussische Ministerpräsident, schon vor Monaten seine Bereitschaft zur Vereinnahmung der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung zum Ausdruck gebracht.

So ist die Sozialdemokratie drauf und dran, unter Führung und im Interesse des Truistkapitals den sozialimperialistischen Kurs weiter zu steuern, der von den Arbeitermassen in den letzten Monaten immer offener und deutlicher als volksfeindlich abgelehnt worden ist. Ihre letzte Aufgabe wird darin bestehen, nach wie vor die Arbeiterklasse in ihrem Widerstande gegen den Imperialismus zu lähmen und die Reihen des Proletariats zu zerstückeln. Die Arbeiterklasse jedoch muß unter Führung der KPD den Kampf gegen die Große Koalition auf der ganzen Front einig und geschlossen verschärft aufnehmen.

## 10 Jahre — Agonie

an diesem Zeitpunkt beginnt die Agonie der KPD.

Am Tage der 10. Wiedergeburt des Gründungstages der Kommunistischen Partei fanden in ganz Deutschland machtvolle Kundgebungen statt. Zehntausende revolutionärer Arbeiter zeigten ihre unverbrüchliche Treue zur Partei der Revolution — der Partei Karls, Rosas und Lenins.

Die vor „Objektivität“ triebende Presse der SPD wie der gesamten übrigen bürgerlichen Presse hat diese Kundgebungen ihren Lesern — verleiht sich, aus reiner „Objektivität“ — verschwiegen. Und doch: die Zeit, da man die KPD ganz totschmelzen konnte, ist vorbei! Sie müssen sich mit uns beschäftigen — mehr als ihnen lieb ist!

Die Methoden, die der Schmod von den monarchistischen Dresdner Nachrichten bis zur „linkssozialistischen“ Dresdner Volkzeitung dabei anwendet, sind verschieden, der Tenor aber ist bei allen der gleiche: „Die KPD liegt im Sterben“ — „Sie hat keine Existenzberechtigung mehr“ — „Es handelt sich ja nur um eine forumpierte Bande, eine Horde geistiger Heloten“ — „Die besten und vernünftigsten geistigen Führer“ wurden herausgeworfen“ (Ein die Rechten um Brandler kennzeichnendes und für sie bezeichnendes Lob der Agenten des Klassenfeindes!) „Eine von Mostau ausgehaltene Fikale“ — „Mameluden“ usw. So läßt es aus den Spalten dieser Presse. Nun, wir kennen die Welle — wir kennen den Text — wir kennen auch die Verfasser! ...

Zehn lange Jahre haben wir dieses Lied gehört, und wollten wir die Zahl unserer Todesanzeigen zusammenzählen — sie ergäbe Regionen! Aber es ist halt im politischen Leben so wie im menschlichen: Totgeplagte pflegen oft länger zu leben als die Taillager!

sich in einem „10 Jahre KPD“ überschriebenen Bezahlartikel mit uns zu beschäftigen. Die Dresdner Volkzeitung geht vor dem Kriege als eine der besten deutschen Parteizeitungen. Mit Stolz erinnerten sich die Dresdner Arbeiter, daß in den schwersten Sturm- und Kampftagen Rosa Luxemburg in ihr als Schriftleiterin gewirkt. Heute ist von jener Ruhm- und Glanzzeit der Dr. V. auch nicht ein Schatten übrig geblieben — sie ist eine der geistlosesten (?) Zeitungen der SPD geworden — ein übler Abieger des Vorwärts!

„1920“, so heißt es in dem Artikel der Dr. V. „war zweifellos der Höhepunkt der KPD.“ Einige Zeilen weiter schreibt der Schmod dann: „Historisch gesehen, beginnt bereits an diesem Zeitpunkt die Agonie (1) der deutschen kommunistischen Partei.“ Und am Schluß des Artikels wird den Lesern zum tausendsten Male bewiesen, daß „historisch gesehen die Zeit dieser Partei (der KPD) vorüber ist!“

Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle alle die Verdrehungen und Verzerrungen, die offensichtlich liegen über unsere Grundzüge richtigstellen. Hier sei nur kurz an einige Tatsachen der letzten Jahre erinnert, die klar zeigen, in welchem Lager die SPD sich in den letzten Jahren befand, und die die Existenzberechtigung, ja die unbedingte Notwendigkeit des Bestehens der KPD, als der einzigen deutschen revolutionären Arbeiterpartei, aufs schlagendste beweisen:

Als im November 1918 die Revolution ausbrach, da forderten die Spartakusanhänger, die um die Macht dem Proletariat zu erhalten, sie zu festigen und die Voraussetzung zum Aufbau des Sozialismus zu schaffen: Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten. Auch die Sender, Edel u. Co., als Mitglieder des Spartakusbundes hzw. der USK, taten damals so, als ob sie ernsthaft für diese Forderung kämpften.